

Spandauer Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig.

Bezugspreis: Wöchentlich 36 Pf.
Bezüge durch die Postämter für den
Kontant 1.50 M. ausl. Beilagen.
Im Falle von Betriebsstörung, Streik
oder Auslieferung hat der Bezugsnehmer
Anspruch auf Nachlieferung oder Rück-
erstattung des Bezugspreises. — Druck
u. Verlag: Schmidt & Co., Spandau.
Verantwortl. Schriftf. für Postamt:
Dr. Bruno S. Jahn, Wilmerdort,
für Spandau und den übrigen Teil
Georg Eichenbach, für Umgebung
Bruno S. Jahn, beide Spandau.

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Ämtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und kommunale Behörden

Erscheint täglich nachmittags
mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage.
Geschäftsstelle Berlin-Spandau, Reuenborfer Straße 101.
Telefon: 1111. Alle Anzeigen unter Sammel-Nummer 4071.



Regelmäßige Beilagen:
Wöchentlich: „Spandauer Zeitung“, „Spandauer Roman-
Zeitung“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der Kleinrentner“,
„Reise u. Berichte“, 11 tgl.: „Die bunte Woche“, „Film“.

Bezugspreis: Die gewöhnliche
einzelne oder deren Raum 36 Pf., die drei-
wöchentliche 1.00 M. — Abbestellung
bedingte Sonderauslieferung. — Beilagen-
gebühr 20 Pf. für das Zeitungsbüro, Offerten-
gebühr 30 Pf. — Keine Gewähr für
Erscheinen von Anzeigen an bestimmten
Tagen oder Stellen. — Einzeliger Preis-
nachschlag erfolgt bei gerichtlicher Ein-
ziehung und Konkurs. — Geschäftsstand
Spandau. — Bankkonten: D. D. Bank,
Depositen-Kasse Spandau; Spandauer
Bank, Spandau. — Postk. d. d. a.
Konto: Berlin NW. 7, Nr. 1707.

Nummer 25.*

Montag, 30. Januar 1933.

40. Jahrgang.

Hitler Reichstanzler.

Berlin, 30. Januar. Der Reichspräsident empfing heute vormittag Adolf Hitler sowie den Reichstanzler a. D. v. Papen zu einer längeren Besprechung.

Der Reichspräsident hat Hitler zum Reichstanzler ernannt und auf dessen Vorschlag die Reichsregierung wie folgt neu gebildet:

Reichstanzler a. D. v. Papen wurde zum Stellvertreter des Reichstanzlers und zum Reichskommissar für das Land Preußen berufen, Freiherr v. Neurath wird Reichsaußenminister, Staatsminister a. D. M. d. R. Dr. Friedrich Sinnemminister, Generalleutnant Freiherr von Helldorf Reichswehrminister, Graf Schwerin von Krosigk Reichsfinanzminister, Geheimrat M. d. R. Dr. Eugen Berg Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Franz Seldte Reichsarbeitsminister, Freiherr v. Elz Rübenaich Reichspostminister und Reichsverkehrsminister, Reichstagspräsident Göring, Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichskommissar für den Luftverkehr.

Göring wurde gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Innenministers betraut. Der Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung, Dr. Gerke, wurde in seinem Amte bestätigt. Das Justizministerium bleibt vorläufig noch offen.

Reichstanzler Hitler wird, wie verlautet, noch heute Verhandlungen mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei aufnehmen. Das neue Kabinett tritt zu seiner ersten Sitzung heute nachmittags um 17 Uhr zusammen.

Morgen doch noch Reichstag?

Berlin, 30. Januar. Wie das Nachrichtenbüro des Völk. meldet, dürfte die überraschende Vornachsetzung des Reichstages auf heute 15 Uhr auf den Wunsch von Vertretern der Mittelparteien zurückzuführen sein. Es scheint das Bestreben zu herrschen, nicht erst einen schweren Kampf darüber eintreten zu lassen, ob der Reichstagspräsident berechtigt sei, einen vom Reichstagsrat erteilten Beschluss auf Einberufung des Reichstages ohne weiteres aus eigener Machtvollkommenheit umzusetzen. Es verläutet in parlamentarischen Kreisen, daß die Einberufung des Reichstages auf heute nachmittags

formell dem Zweck gilt, eine neue Tagesordnung für die vom Reichstagsrat beschlossene Plenarsitzung am Dienstag festzusetzen. Gegebenenfalls würde der Reichstag telegraphisch für Dienstag einberufen werden können. Das der Reichstagsrat heute nachmittags eine abermalige Vertagung des Reichstages beschließen werde, steht zur Stunde nicht fest. Die Einladung zu der vorbereiteten Reichstagsitzung ist den Fraktionen heute vormittags telephonisch übermittelt worden.

Der Rücktritt des Kabinetts v. Schleicher hat, wie das Nachrichtenbüro des Völk. hört, auch zu Umstellungen in der Arbeit der Reichstagsfraktionen geführt. Die Sozialdemokraten veranstalteten heute vormittags eine gemeinsame Sitzung ihres Parteivorstandes und des Vorstandes ihrer Reichstagsfraktion. Sie diente der vorbereitenden politischen Aussprache für die heute nachmittags vorgezogene Sitzung der Reichstagsfraktion. Dagegen haben die Deutschnationalen die für heute vorgezogene gemeinsame Zusammenkunft ihrer Reichstagsfraktion abgelehnt. Auch die Kommunisten und die Nationalsozialisten haben die für morgen angelegten Fraktionssitzungen einstweilen abgelehnt. Lediglich das Zentrum und die Bayerische Volkspartei werden morgen im Reichstage zusammenkommen.

Der dunkle Weg.

Dieser Artikel wurde noch vor der Ernennung Hitlers geschrieben. Er enthält aber Gesichtspunkte, die noch jetzt beachtenswert sind.

Ein dichter Nebel lagert in diesen Tagen über dem politischen Deutschland. Völlig dunkel ist der Weg in die Zukunft. Wie auch der Durchbruch aus der Endgasse, in die wir nun einmal geraten sind, gesucht werden mag, es geht in jedem Falle über einen sehr gewagten Versuch. Entweder es kommt Hitler als Führer eines parlamentarischen Mehrheitskabinetts oder einer starken nationalen Minderheitsregierung oder es muß der Versuch des Staatsstreiches mit v. Papen unternommen werden.

Hitler? Wir wollen einmal davon absehen, den Möglichkeiten nachzugehen, durch die sein Machtanspruch verwirklicht werden könnte. Gleichgültig, ob er an die Spitze einer Koalition vom Zentrum bis zu den Nationalsozialisten tritt oder ob das Zentrum einem von Hitler geführten Kabinett der Harzburger Front gegenüber zunächst „Gewehr bei Fuß“ bleibt, ist Hitler erst einmal an der Macht, so würde ein späterer Versuch, ihn zu stürzen, nicht ohne die schwersten Widerstände, nicht ohne bürgerkriegsähnliche Begleiterscheinungen durchführbar sein. Man mag Hitler mit noch so starken Männern flankieren — ist er einmal auf dem Stuhle Bismarcks, so wird er bis zum Letzten um die Verwirklichung seines Ideals kämpfen. Sein Wille allein kann nicht entscheidend sein. Die Natur der von ihm geschaffenen Bewegung wird es nicht zulassen, daß er eine einmal eroberte Machtstellung auf das Geheiß anderer Parteien wieder aufgibt. Auch wenn Hitler von einer Mehrheitskoalition an den Platz des Kanzlers gestellt würde, muß er danach streben, autoritärer und diktatorischer Inhaber der Volksgewalt zu werden. Die Möglichkeit dieses Weges ist in dem Briefwechsel nicht ganz verneint worden, der im November zwischen dem „Kaiserhof“ und dem Hause des Reichspräsidenten gewechselt wurde. Es wurde auf das Beispiel Brünnings hingewiesen, der als parlamentarischer Kanzler auszug, um als Führer einer präsidialen Regierung zu enden. Eine Regierung unter Hitler würde sicherlich die schwersten Zwangsmaßnahmen in sich bergen.

Aber besteht heute noch eine Möglichkeit, diesem Versuch auszuweichen? Entweder es gelingt Hitler, seinem Gedanken des „dritten Reiches“ in einer Form Wirklichkeit zu geben, daß das deutsche Volk stärker, freier, sicherer und glücklicher als auf dem Boden der heutigen Verhältnisse leben kann, oder sein Machtanspruch und dann auch seine Bewegung müssen zerplatzen wie eine schillernde Seifenblase. Ist eine Beruhigung unseres innenpolitischen Lebens noch denkbar, solange man der Forderung eines Mannes die Möglichkeit der Beweisführung verweigert, hinter der die stärkste deutsche Volksbewegung mit inbrünstigem Glauben und fanatischer Leidenschaft steht? Der Reichspräsident kann und wird dem Machtanspruch Hitlers die Erfüllung nicht versagen, wenn er ihm wenigstens bei Übernahme der Regierungsführung eine

Mehrheit der Mitarbeit oder der Duldung aufzuweisen vermag. Es liegt bei den Deutschnationalen und beim Zentrum, zu prüfen und zu entscheiden, ob das Wagnis jetzt unternommen werden kann, ob die Sicherheiten eingebaut werden können, die im schlimmsten Falle das Chaos und die bolschewistische Ueberflutung als Rückschlag im Falle des Mißerfolges zu verhindern vermögen.

Sagen diese beiden Parteien zu dem Versuch „Rein“, so bleibt nur noch der Ausweg zwischen der Präsidienkrise und dem Staatsstreich. Der Versuch, die Nationalsozialisten und das Zentrum zu einer Duldung von Papens zu bewegen, ist hoffnungslos. Eine Regierung v. Papen kann nur jenseits der Verfallungsgrenzen ihr Programm durchzuführen versuchen. Sie würde heute auf einen Widerstand auch bei den Nationalsozialisten stoßen, der noch erbitterter wäre und noch stärker vom Haß getrieben würde als alle frühere Opposition. Darüber sollte man sich klar sein — mag vorher auch noch soviel hinüber und herüber verhandelt worden sein: Wer jenseits der Verfallung regiert, wer sich dem deutschen Volke gegenüber ganz ausschließlich auf die eigene Persönlichkeit stellt, der muß ein großer Staatsmann sein oder ein leichtsinniger Glücksspieler. Man kann zugeben, daß entscheidende Maßnahmen zur Besserung unserer politischen und wirtschaftlichen Lage zunächst nur gegen den Willen einer Mehrheit durchgeführt werden können. Der Mut zur Verantwortung und zur Unpopularität allein genügt noch nicht, von Papen hat auch noch nicht den Beweis dafür erbracht, daß er der geniale Staatsmann ist, der aus eigener Kraft Deutschland zu retten vermag. Gibt ihm Hindenburg, wenn alle anderen Wege sich als ungangbar erwiesen haben, die umfassenden Vollmachten der Diktatur, so liegt darin der Ausdruck des Vertrauens, daß dieser Mann es schaffen werde.

Wie das Wagnis auch aussehen mag, das jetzt unternommen werden muß, welcher Führer nun auch auf dem dunklen Weg für die Zukunft vorangehen wird — jenseits aller parteipolitischen Vorurteile mühten ihn die höchsten Wünsche begleiten. Er mag Parteien auf seinem Wege zerstreuen. Auf sie kommt es nicht an, wenn er die Nation jenseits des dunklen Tales zu neuer Freiheit und zu neuer Kraft zu führen vermag. Kriegerhaft ist die Verantwortung, die in diesen Stunden und Tagen auf dem greisen Marshall lastet, der sich bisher immer noch als der treue Eckhardt des deutschen Volkes erwiesen hat.

Daladiers Bemühungen um die Kabinettsbildung.

Paris, 30. Januar. Nach einer Ausrufung der Agence Havas über die Regierungskrise wird Daladier aller Wahrscheinlichkeit nach ein fast ausschließlich radikalisiertes Ministerium bilden. Wesentlich sei, daß Daladier die Unterstützung Berriots erhalten habe, der vielleicht das Luftfahrtministerium übernehmen werde, da er den Wunsch geäußert habe, in diesem Augenblick noch nicht als Außenminister in den Quai d'Orsay zurückzukehren. Außenminister würde unter diesen Umständen Paul-Boncour bleiben, während Daladier selbst auch als

Ministerpräsident das Kriegsministerium befehlen würde. Höchstwahrscheinlich würde Daladier das Finanzministerium wieder in ein Finanz- und ein Budgetministerium teilen. Wenn die Voraussetzungen von Haas zutreffen sollten, würde das neue Kabinett ein Ministerium Paul-Boncour mit Daladier an der Spitze sein. Die Finanzierungsfrage würde also an dem gleichen Punkte stehen, an dem Paul-Boncour und Chéron sie haben fallen lassen müssen.

Englisches Abrücken vom französischen Sicherheitsplan.

Berlin, 30. Januar. Die gleichzeitig in Deutschland und in Frankreich ausgebrochenen Kabinettskrisen lassen begreiflicherweise die mit großer Spannung erwartete neue Entwicklung auf der Abrüstungskonferenz in den Hintergrund des allgemeinen Interesses treten. Nach einer Klärung der Lage in den beiden Hauptstädten, die, wie sie auch ausfallen mag, in außenpolitischer Hinsicht nichts Wesentliches ändern dürfte, — vor allem wird der französische Standpunkt in Gené nach wie vor von Paul-Boncour vertreten werden — wird man sich mit der völlig neuen Lage zu beschäftigen haben, die auf der Abrüstungskonferenz durch die Ende voriger Woche überreichten englischen Vorschläge geschaffen ist. An diesen Vorschlägen ist weniger der auf eine Vertagung aller wichtigen Fragen hinauslaufende technische Teil entscheidend, als vielmehr die darin enthaltene politische Willensäußerung. Schon die ersten Sätze greifen bewußt dem Ergebnis der bevorstehenden Aussprache über den französischen Plan vor, indem sie ein Abrüstungsprogramm fordern und dieses Programm, soweit es politischer Art ist, sich also auf die Sicherheit bezieht, in einem deutlichen Gegensatz zum französischen Plan formulieren. Der französische Plan sieht bekanntlich ein Sicherheitssystem in drei konzentrischen Kreisen vor: Kellogg-Pakt, Völkerbundscharte, europäische Hilfeleistungsorganisation. In diesen drei Sphären sollten alle in Betracht kommenden Mächte im voraus bestimmte praktische Auswirkungen ihrer Vertragsverpflichtungen anerkennen. Für England hätte es sich also darum gehandelt, dem alten französischen Wunsch entsprechend, sich auf eine genaue Auslegung des Sanktionsartikels 16 der Völkerbundscharte festzulegen und damit auf seine Handlungsfreiheit und eventuelle Schiedsrichterrolle bei einem europäischen Streit zu verzichten. Dieses Verlangen wird, obwohl Frankreich „die wirksame und lokale Anwendung“ von Artikel 16“ als wesentlichen Faktor seines Planes bezeichnet, in den neuen englischen Vorschlägen Erörterungslos abgelehnt. England befürwortet lediglich den schon in vielen Verträgen ausgesprochenen ganztheoretischen „Verzicht auf Gewaltanwendung“ und außerdem Beratungen der europäischen Festlandstaaten über die Möglichkeiten von Vereinbarungen hinsichtlich gegenseitiger Hilfeleistung im Falle eines Angriffes. Es bleibt abzuwarten, wie in Frankreich diese offenbar endgültige Ablehnung des Kernstückes der überlieferten französischen Sicherheitstheorie aufgenommen wird und welche weiteren Folgen sich daraus für die Abrüstungskonferenz ergeben.